

Digitalisierung

Der Breitband-Bluff

Der Ausbau des schnellen Internets ist weit weniger erfolgreich, als die Bundesregierung glauben machen will. Ihre Angaben beruhen auf ungenauen Daten, die Unternehmen freiwillig zur Verfügung stellen.



Glasfaserkabel: Fehlende Leitungen, fehlende Informationen.

Daniel Delhaes, Ina Karabas
Berlin, Düsseldorf

Geht es nach dem Willen der Bundeskanzlerin, dann werden die Menschen in Deutschland „superschnelles Internet in allen Regionen“ haben. Zwar werde bislang wenig Glasfaser verlegt, sagt Angela Merkel (CDU). „Dennoch werden wir unser Ziel, jeden Haushalt in Deutschland mit 50 Megabit pro Sekunde im nächsten Jahr abgeschlossen zu haben, erreichen.“

Eklat bei der Netzagentur

Union wie SPD werben im Wahlkampf sogar damit, flächendeckend superschnelles Glasfaser zu verlegen – und zwar bis 2025. Dabei liegen Glasfaser-Kabel erst in sieben Prozent aller Haushalte, zumindest offiziell. Genau weiß niemand, wie es um den Breitbandausbau in Deutschland bestellt ist: Der Grund ist simpel wie peinlich zugleich: Es fehlt die Datengrundlage. Im Juni kam es zum Eklat im Beirat der Bundesnetzagentur. Dort beraten

Politiker aus Bund und Ländern über den Breitbandausbau. Agentur-Präsident Jochen Homann präsentierte ein Strategiepapier, um Tempo zu machen, damit die politischen Ziele erreicht werden. Auf Seite vier stand, wie es laut Breitbandatlas des Bundes um die Versorgung bestellt ist: Demnach liegt Thüringen mit gerade einmal 59 Prozent an vierletzter Stelle. Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) protestierte. Auf Nachfrage sagte er dem Handelsblatt: „Ich weiß, dass wir besser sind.“ Der Atlas gebe nur Verhältnismäßigkeiten wieder. „Um genau zu wissen, wie die Versorgungslage ist, müssen Daten für jeden Haushalt erhoben werden.“

Den Breitbandatlas erstellt regelmäßig der Tüv Rheinland im Auftrag des Bundes. Dazu können Unternehmen melden, wo sie Haushalte mit welcher Bandbreite versorgen. Sie tun das freiwillig. Kontrolliert werden die Daten der Unternehmen nur im Zweifelsfall. Der Tüv trägt die Angaben in

Planquadrate ein, die 250 mal 250 Meter abbilden. Gibt es in einem Feld auch nur eine Meldung, dann wird es grün eingefärbt. Daraus entsteht eine Deutschlandkarte.

Das Handelsblatt hat elf Telekommunikationsanbieter gefragt, ob die Angaben im Atlas mit ihrem Ausbau übereinstimmen. „Größtenteils“, hieß es oft oder: „Das ist eine Momentaufnahme.“ Kein Wunder: Der Netzausbau gilt den Unternehmen als Teil ihres Geschäftsgeheimnisses. Beim Zweckverband Breitband Schwarzwald-Baar heißt es, die Angaben würden „nicht mal annähernd“ übereinstimmen. „Das liegt daran, dass die Privatwirtschaft immer pauschal ein Gebiet meldet, beziehungsweise einen besseren Ausbaustand vorgibt, der gar nicht vorhanden ist.“ Dies hat auch die Bundesnetzagentur bei einer Messung festgestellt, für die mehr als 160 000 Kundenangaben genutzt wurden: Viele erhalten nicht das, was Unternehmen versprechen.

„
Wir werden das Ziel 2018 nicht erreichen, auch 2019 ist eher ungewiss.“

Wolfgang Tiefensee
Wirtschaftsminister von Thüringen

Der Chef des Breitbandbüros in Schleswig-Holstein, Richard Krause, hält den Breitbandatlas daher für einen „Schönwetter-Atlas“. Er sei politisch motiviert und viel zu ungenau. „Der Tüv übernimmt die Daten unkontrolliert“, sagt er. Die Anbieter würden angeben, wo sie entlang der Straßen graue Verteilerkästen aufgestellt haben und dann kreisförmig ein angeschlossenes Gebiet definieren. Doch die Kabel laufen meist an einer Straßenseite entlang und an der anderen zurück. Je weiter der Anschluss entfernt ist, desto langsamer ist das Netz. Wer also direkt gegenüber eines Verteilerkastens wohnt, hat oft die schlechteste Anbindung. „Die Kabel laufen aber nicht kreisförmig“, sagt Krause.

Wegen der ungenauen Datenlage erstellt Schleswig-Holstein seit 2013 selbst einen Atlas. Die Raster sind kleiner, die Angaben der Unternehmen würden kontrolliert. Verglichen mit den Daten des Bundes sei die Versorgung „real schlechter“, resümiert Krause. Im Kreis Pinneberg etwa gebe es einen angeblich erschlossenen Bereich. „Da wohnt aber niemand.“ In Thüringen, sagt Krause, werde die Lage auch schlechter sein, als vom Bund angegeben. „Das Breitbandziel lässt sich aus unserer Sicht bis 2018 nicht erreichen“, meint er. Auch Minister Tiefensee sagt: „Ich befürchte, wir werden die Flächendeckung 2018 nicht erreichen, auch 2019 ist eher ungewiss.“

Daten per Gesetz

Der SPD-Politiker will den Atlas dennoch nicht verbannen, er biete eine Fülle wertvoller Informationen. Er plädiert dafür, die Unternehmen zu verpflichten, „ihre Rohdaten fortlaufend zur Verfügung zu stellen“. Diese sind dazu bereits verpflichtet – nur fließen die Daten nicht in den Breitbandatlas, sondern nur in den Infrastrukturatlas. Diesen betreut die Bundesnetzagentur und zeigt darin auf, wo Leitungen verlaufen, wo sich Funktürme und Leerrohre befinden. Einblick haben nur Netzanbieter und Städte und Gemeinden. So sollen Unternehmen Synergien nutzen. Für andere Zwecke würden die Daten nicht verwendet, „auch nicht für den Breitbandatlas“. Die Geheimniskrämerie wird mit einem Hinweis auf sensible Infrastrukturdaten und Datenschutz begründet. Kritiker sagen, die Daten ließen sich anonymisieren.

Eines zeigt der Breitbandatlas aber: Es bleibt viel zu tun, um allein das Minimalziel zu erreichen. Nur in Großstädten sind inzwischen rund 90 Prozent der Haushalte mit Datengeschwindigkeiten von 50 MBit versorgt; auf dem Land sind es nur 34 Prozent. Dort läuft nichts ohne Fördermittel. Seit Ende 2015 stellt der Bund fürs Erste vier Milliarden Euro bereit.

Um zu wissen, wo sie investiert werden sollen, müssen die Kommunen und Kreise allerdings selbst Daten erheben. „Die im Atlas reichen für ein Förderprogramm nicht aus“, sagt Krause. Ausreichen wird das Geld ohnehin nicht. Zudem zeigt ein Blick in den Haushaltsplan des Bundes, dass davon bis 2018 nur wenig investiert sein wird. „Wir haben uns bis Ende 2018 zum Ziel gesetzt, etwas mehr als eine Milliarde auszugeben“, heißt es im Ministerium.

Richard Krause:
Der Leiter des Breitband-Büros Schleswig-Holstein kritisiert die Zahlen der Bundesregierung.

